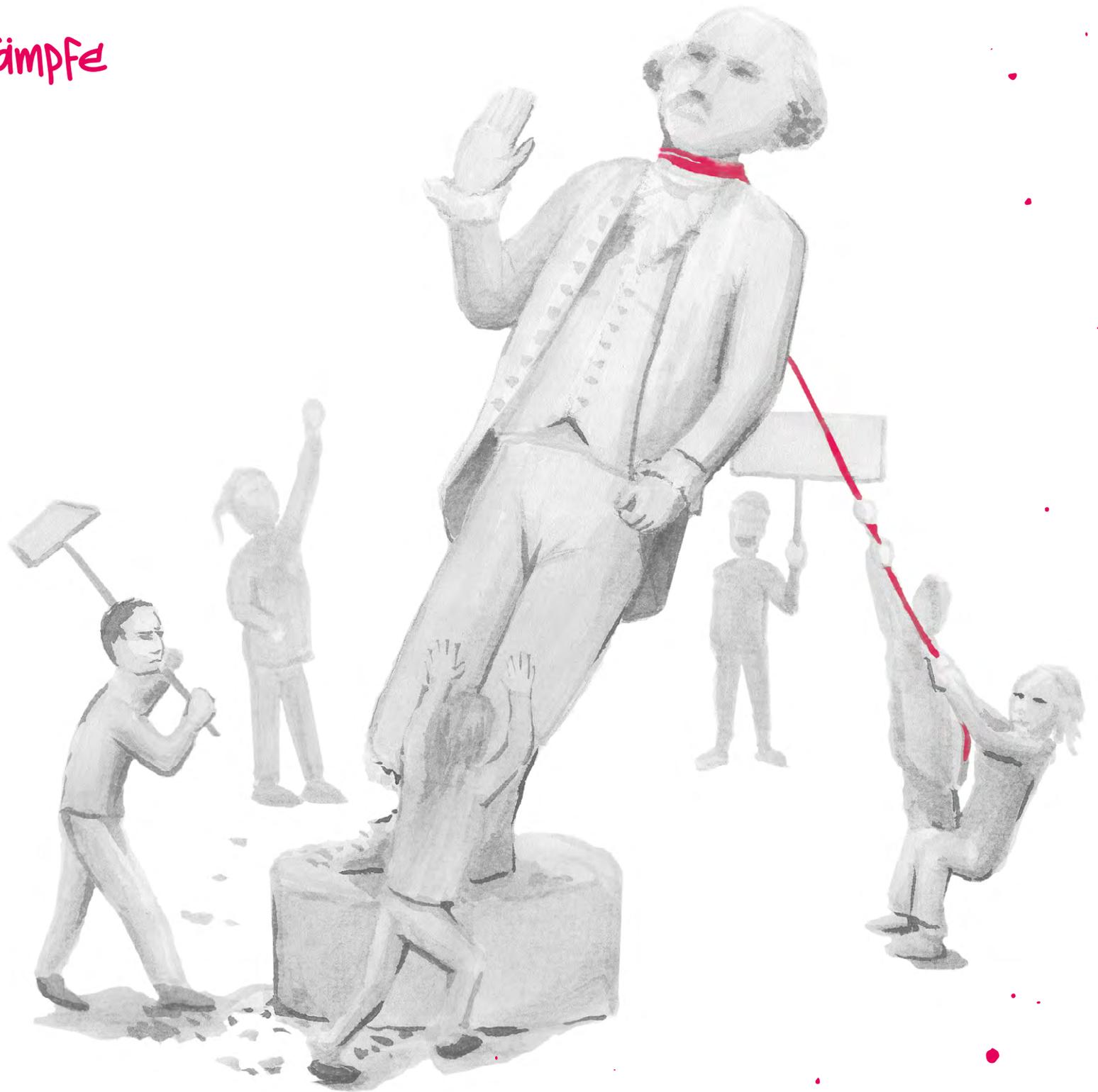


Polarisierung und neue Kulturkämpfe

Der Guerillakrieg der Wokeness

Matthias Oppermann

Wer Kulturkämpfe für aus der Zeit gefallen hält, irrt. Auch in den gegenwärtig geführten identitätspolitischen Debatten geht es längst nicht mehr um den sachlichen Austausch von Argumenten, sondern um die Verbannung unliebsamer Perspektiven aus dem politischen Diskurs. Die Gefahren der dabei entstehenden Dynamiken für den demokratischen Zusammenhalt werden jedoch systematisch unterschätzt und kleingeredet.



Niemand kann sagen, Nicolas Sarkozy habe dem Zusammenhalt der französischen Gesellschaft geschadet. Natürlich wurde und wird es trotzdem behauptet. Er habe polarisiert, indem er Probleme überzeichnet habe, heißt es dann. Oder dass er durch rhetorische Zuspitzungen die Stimmung angeheizt habe. Tatsächlich hat er sich vor allem in den Präsidentschaftswahlkämpfen von 2007 und 2012 nicht zurückgehalten, wenn es darum ging, Fehlentwicklungen anzusprechen. Aber es ist eine eingeübte Taktik der politischen Linken, „Brandstifter“ zu rufen, wenn jemand darauf hinweist, dass das Haus in Flammen steht. Dabei hat Sarkozy, als er 2007 für das Amt des Präsidenten der Französischen Republik kandidierte, einfach Themen aufgegriffen, die jene *France profonde* bewegten, gegen die kein französischer Politiker regieren kann. Den Präsidentschaftswahlkampf bestritt er mit zwei großen Themenkomplexen: mit dem Versprechen liberaler Reformen, die Frankreich wirtschaftlich wieder aufrichten sollten, und dem Bekenntnis zur Verteidigung der nationalen Identität.

Sarkozy setzte das republikanische Modell Frankreichs gegen den Zerfall der Gesellschaft in sich voneinander abgrenzende „Identitäten“. In einer Rede vom 30. März 2007 sagte er: „Ich will, dass die Identität eines jeden Einzelnen respektiert wird. Ich will, dass niemand seine Herkunft, seine Geschichte, seine Kultur vergisst, weil ich glaube, dass Unterschiede eine Bereicherung sind. Aber ich will, dass die Einwanderungspolitik an die Integrationspolitik gebunden ist. Und was ist eine gelungene Integration, wenn nicht das Gefühl, sich ganz und gar als Franzose zu fühlen? [...] Am 22. April und 6. Mai werden die Franzosen zwischen der Einheit Frankreichs, die auf dem Prinzip der Gleichheit beruht, und dem Kommunitarismus zu wählen haben. [...] Ich lehne den Kommunitarismus ab, der den Weg zum Stammesrecht und zur Gewalt öffnet.“²⁶

Mit „Kommunitarismus“ ist in Frankreich nicht die Strömung der politischen Philosophie gemeint, die die gemeinschaftliche Gebundenheit des Individuums hervorhebt, sondern der Zerfall der nationalen Gemeinschaft in Parallelgesellschaften, die ihren eigenen Regeln folgen. Sarkozys Stellungnahme gegen diesen „Kommunitarismus“ zielte darauf, einem dauerhaften Konflikt zwischen der französischen Mehrheitsgesellschaft und den Vertreterinnen und Vertretern eines radikalen Islam einen Riegel vorzuschieben. Sarkozy wollte keinen Kulturkampf zwischen der Republik und dem politischen Islam.

Ein neuer „Kommunitarismus“

Heute bedroht ein neuer „Kommunitarismus“ nicht nur Frankreich, sondern den gesamten liberalen Westen. Nur, dass die Vertreter des neuen „Kommunitarismus“ nicht in Moscheen predigen, sondern an den Universitäten und in den Medien. Gemeint ist der Kampf der aus den Vereinigten Staaten in andere Länder des

Westens importierten linken Identitätspolitik, der Woke-Kultur, gegen die als strukturell „oppressiv“, „rassistisch“ und „sexistisch“ wahrgenommenen pluralistischen Gesellschaften.

Seit einigen Jahren ist der Begriff *identity politics* auch in Europa gebräuchlich. Der Begriff wurde nachweislich erstmals im Umfeld schwarzer lesbischer Frauen in den USA verwendet, hat seine Ursprünge aber in der *New Left* der 1960er-Jahre. Es geht dabei darum, sensibel für tatsächliche oder vermeintliche Benachteiligungen von Frauen oder ethnischen beziehungsweise geschlechtlichen Minderheiten zu sein. Aus dieser Sensibilität – der Wokeness – folgen dann bestimmte politische Forderungen.

Das Wesen linker Identitätspolitik

Aus der Herstellung von Identität auf Basis einer kollektiven Diskriminierungserfahrung wird die Forderung nach einem Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse abgeleitet. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden mit den Begriffen von Macht und Ohnmacht beschrieben, die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht oder zu einer Ethnie wird als entscheidend für den Status jedes Angehörigen einer bestimmten Gruppe in der Gesamtgesellschaft interpretiert.

Die Mehrheitsgesellschaft, das heißt der angeblich durch bestimmte Merkmale privilegierte Teil einer Bevölkerung, soll sich seiner Machtstellung bewusst werden und sich für die Beseitigung der Unterschiede einsetzen. Ein wirkliches Bewusstsein für die Lage der Minderheiten kann der Privilegierte aus der Sicht der Vertreterinnen und Vertreter der Identitätspolitik freilich nicht entwickeln, da er dazu selbst zu der Gruppe gehören müsste, um die es jeweils geht. Als Mittel des Abbaus von Benachteiligungen gelten zum Beispiel Förderprogramme, Quoten und Stipendien für Angehörige bestimmter Ethnien, aber auch die Vermeidung von Handlungen und Ausdrucksweisen, die die eine oder andere Minderheit als diskriminierend empfinden könnte.

Kritiker der Identitätspolitik werfen ihren Vertreterinnen und Vertretern vor, eine vollständige Transformation der Gesellschaft anzustreben, indem sie die als Unterdrückungsgeschichte eines Landes empfundene Vergangenheit im kollektiven Gedächtnis auslöschen will. Dies zeige sich zum Beispiel an der Forderung, Denkmäler zu entfernen oder Straßen umzubenennen. Es sei zudem ein massiver Angriff auf die Meinungsfreiheit, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran gehindert würden, an Universitäten oder in anderen Kontexten Ansichten zu äußern, die von dem abwichen, was die Vertreterinnen und Vertreter der Wokeness für korrekt und akzeptabel hielten. Kritiker sprechen daher von einer Cancel Culture.

Gefahr für die liberale Demokratie

Es ist ein Paradoxon der Identitätspolitik, dass ihre Verfechterinnen und Verfechter, ausgehend von einem eigenwillig verstandenen politischen Liberalismus, nach einem Höchstmaß an Freiheit für das Individuum streben, dieses Individuum aber gleichzeitig auf ein kollektives Identitätsmerkmal festlegen, das über dem Versprechen von Individualität steht. Armin Nassehi spricht in diesem Zusammenhang davon, dass die Bildung einzelner „Kollektivitäten“²⁷ innerhalb der politischen Gemeinschaft das Potenzial für eine Polarisierung bietet, die sich bis zu einer Art Kulturkampf verschärfen kann.

Der Begriff der „Identität“ wird nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und vor allem in Frankreich traditionell von der radikalen Rechten besetzt. Das gilt vor allem für die verschiedenen Gruppierungen, die unter den Sammelbegriff Identitäre Bewegung gefasst werden. Die Identitäre Bewegung verfolgt das Ziel einer ethnisch homogenen Gesellschaft unter Ausschluss aller Bevölkerungsgruppen, die als „fremd“ wahrgenommen werden. Obwohl man die Identitätspolitik der Woke-Bewegung und der Identitären Bewegung keinesfalls gleichsetzen kann, lässt sich doch eine Gemeinsamkeit feststellen: nämlich der Versuch, Menschen auf eine einzige klar umrissene Identität festzulegen, und gleichzeitig allen Menschen, die nicht dieses Identitätskriterium erfüllen, das Recht abzuspriechen, dieses Identitätsmerkmal auch nur verstehen zu können.

Der Begriff der „Identität“ wird nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und vor allem in Frankreich traditionell von der radikalen Rechten besetzt.

Auf der einen Seite steht die Verabsolutierung einer exklusiven imaginierten ethnischen Gemeinschaft, auf der anderen Seite eine Art Tribalismus, demzufolge die Gesellschaft in voneinander verschiedene Gruppierungen mit jeweils eigenen Rechten zerfällt. Beides ist mit dem Freiheitsversprechen der liberalen Demokratie unvereinbar. Der Antagonismus beider Bewegungen verstärkt außerdem das Risiko eines Kulturkampfes, der auf der einen Seite an der Mitte der Gesellschaft vorbeigeht, sie auf der anderen Seite aber erheblich beeinträchtigt.

Wo stehen wir?

Gleichwohl stehen sich in diesem Konflikt nicht zwei festgefügte monolithische Blöcke gegenüber. Die von Richard Nixon beschworene „schweigende Mehrheit“, die wirklich existiert, äußert sich nicht. Warum sollte sie auch? Wokeness und *identity politics* sind die Sache militanter Aktivistinnen und Aktivisten. Schauplätze ihres Wirkens sind in den Vereinigten Staaten in erster Linie die längst zur Domäne der Linken gewordenen Eliteuniversitäten und die Medien. Die Vertreter der Woke-Kultur agieren an geschützten Orten, an denen sie unmittelbar Einfluss ausüben und durch ein Klima der Einschüchterung einen Konformismus in ihrem Sinne herstellen können. Auf diese Weise haben sie die linksliberale Elite des Landes so stark beeinflusst, dass sich nun schon die Wirtschaft ihren aufgestellten Regeln unterwirft. Nicht aus Überzeugung, sondern um keine Kunden zu verlieren.

Insofern sind die linksidentitären Aktivistinnen und Aktivisten so etwas wie Kämpfer in einem Guerillakrieg für die vermeintlich gute Sache der Wokeness – äußerst erfolgreiche Guerilleros, muss man sagen. Wegen dieses Erfolgs – der Medienpräsenz und der Beeinflussung von Unternehmen – und aufgrund der Tatsache, dass der Konflikt mittlerweile auch die Schulen erreicht hat, geht er die gesamte Gesellschaft an. Der amerikanische Kulturkampf ist, dem demokratischen Charakter der Gesellschaft entsprechend, ein umfassendes Phänomen.

Es sollte niemanden beruhigen, dass die Revolutionärinnen und Revolutionäre der Wokeness in Europa bislang nicht denselben Erfolg hatten. Schon jetzt hat der Import des Konflikts zu ähnlichen kulturellen und gesellschaftlichen Phänomenen wie in den USA geführt: zum Aufeinanderprallen einer sich erweckt fühlenden Avantgarde in Wissenschaft, Medien und Politik, die die menschliche Natur neu erfinden will, und den Verteidigern traditioneller „Werte“. In Stadtverwaltungen kursieren Listen unliebsamer Personen, deren Namen von Straßenschildern verschwinden sollen. Wie in den USA gilt dabei weder die Unschuldsvermutung, noch werden wirklich Sachargumente gesammelt. In München-Schwabing hat es sogar Erich Kästner auf solch eine Liste geschafft.²⁸ Die zeitgenössischen Bilderstürmerinnen und Bilderstürmer verübeln ihm wohl, dass er während der Zeit der nationalsozialistischen Tyrannei nicht ins Exil, sondern in die innere Emigration ging.

Auf der Gegenseite werden – nicht immer ganz zutreffend – die Auswirkungen einer Cancel Culture in Wissenschaft und Medien beklagt oder mit Verve gegen den Genderstern gekämpft. Letzterer ist mittlerweile in Verlautbarungen von Unternehmen ebenso zu finden wie in der Berliner Senatsverwaltung, an vielen Schulen, Universitäten oder sogar auf Bekanntmachungen in Hausarztpraxen. Man kann wohl nicht voraussetzen, dass immer verstanden wird, welches ideologische Konzept hinter dem Sternchen steckt. Außerdem können seine Verfechter nicht ausschließen, dass er mitunter ironisch gesetzt wird, was tatsächlich passiert. Hier wäre deshalb Gelassenheit besser als die Pose des Kulturkämpfers. Mit Edmund Burke könnte man

sagen: „The individual is foolish; the multitude, for the moment, is foolish, when they act without deliberation; but the species is wise, and, when time is given to it, as a species it always acts right.“²⁹ Insofern besteht Hoffnung, dass der Genderstern im Laufe der Zeit durch sinnvollere, unideologische Schreibweisen verdrängt wird.

Der Auftrag der politischen Mitte

Vertreterinnen und Vertreter der liberal-demokratischen Mitte tun deshalb gut daran, sich nicht in den Kampf zwischen linken und rechten Extremistinnen und Extremisten hineinziehen zu lassen, aber dort einzuschreiten, wo sie etwas bewirken können. Dass sich die Mitte in manchen pluralistischen Ländern noch immer zu wehren weiß oder doch nach einer Zeit der Lähmung langsam ihre Wehrhaftigkeit zurückgewinnt, ist zum Beispiel in Großbritannien zu beobachten. Das Land ist nach den Vereinigten Staaten vielleicht am stärksten von den Auswirkungen der Woke-Kultur betroffen. Wer glaubt, an deutschen Universitäten gebe es eine Cancel Culture, sollte einen Blick über den Kanal werfen. Die Zustände haben ein so großes Ausmaß erreicht, dass die konservative Regierung eingegriffen hat. Am 12. Mai 2021 brachte Bildungsminister Gavin Williamson die „Higher Education (Freedom of Speech) Bill“ ins House of Commons ein.³⁰ Zwei Lesungen hat der Gesetzentwurf schon hinter sich, aber noch einen weiten Weg vor sich. Wenn er verabschiedet ist, wird allen Wissenschaftlern und Studierenden, die an einer britischen Universität aufgrund der Äußerung „kontroverser“ Ansichten Nachteile haben, eine Kompensation zustehen. Universitäten und Studierendenvereinigungen, die die Meinungsfreiheit verletzen oder nicht gewährleisten, müssen mit Geldstrafen rechnen.

Auch in Frankreich hat die rechtsliberale Regierung vor einiger Zeit den Forderungen der linken Aktivistinnen und Aktivisten etwas entgegengesetzt: Als Premierminister verfügte der heutige Bürgermeister von Le Havre, Édouard Philippe, schon im November 2017, dass das französische Äquivalent des Gendersterns, der *point milieu*, in administrativen Texten nicht benutzt werden dürfe. Das Rundschreiben stellte gleichzeitig die Gültigkeit des generischen Maskulinums fest, rief aber auch dazu auf, häufiger die maskuline und feminine Form gemeinsam zu nutzen.³¹

Beide Beispiele zeigen, dass es sinnvoll sein kann, wenn Regierungen der Mitte den Ansprüchen der Woke-Kultur vernünftige Regelungen entgegenhalten. Angesichts äußerer Bedrohungen, vor allem durch Russland, China und den islamistischen Terrorismus, kann sich der liberale Westen keinen „Kommunitarismus“ im französischen Sinne des Wortes leisten. Der russische Überfall auf die Ukraine vom 24. Februar 2022 hat auch diejenigen, die es lange nicht sehen wollten, vor Augen geführt, dass die Welt noch immer ein unsicherer Ort ist. Die liberalen Demokratien im Allgemeinen und der Westen im Besonderen werden in diesem Jahrhundert nur überleben, wenn sie willens und in der Lage sind, sich und ihre Interessen zu verteidigen.

Indem die Woke-Kultur einen Keil zwischen verschiedene gesellschaftliche Gruppen treibt, bestärkt sie Tyrannen wie Wladimir Putin in dem Glauben, dass die liberalen Demokratien schwach seien. Die Woke-Kultur untergräbt auf diese Weise das einzige Zivilisationsmodell, das Minderheiten jeder Art Anerkennung und Schutz bietet. Man darf nicht erwarten, dass die neuen Jakobiner diesen Widerspruch erkennen werden. Es ist an der politischen Mitte, es ihnen begreiflich zu machen. Wenn es ihr nicht gelingt, dann sind wir auf dem Weg zu einem ganz anderen Stammesrecht als dem, vor dem Nicolas Sarkozy im Jahr 2007 gewarnt hat. Der Westen müsste es teuer bezahlen.

Autor

PD Dr. Matthias Oppermann ist Leiter der Abteilung Zeitgeschichte und stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

- 26 Sarkozy, Nicolas 2007: Déclaration de M. Nicolas Sarkozy, président de l'UMP et candidat à l'élection présidentielle 2007, sur l'identité nationale, les valeurs d'ordre et l'histoire de la France, le rôle des colons et des harkis en Afrique du Nord, l'école et la „faillite morale“ de la gauche, Nice le 30 mars 2007, Vie publique. Au cœur du débat public, in: <https://www.vie-publique.fr/discours/166397-declaration-de-m-nicolas-sarkozy-president-de-lump-et-candidat-lel> [17.09.2021]. (Vom Verfasser ins Deutsche übersetzt.)
- 27 Nassehi, Armin 2021: Jenseits von Sachfragen. Die Herstellung von Kollektiven als Kern der Polarisierung, Die Politische Meinung 66, 566, S. 33–37, hier passim.
- 28 Scheffler, Martina 2021: Schwabing: Wird die Erich-Kästner-Straße umbenannt?, Abendzeitung, 03.08.2021, in:

<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/stadtviertel/schwabing-wird-die-erich-kaestner-strasse-umbenannt-art-746832> [17.09.2021].

- 29 Burke, Edmund 1857: Speech on the State of the Representation of the Commons in Parliament (07.05.1782), in: The Works of The Right Honourable Edmund Burke (Bohn's British Classics), Bd. VI, London, S. 147.
- 30 Department for Education 2021: Universities to comply with free speech duties or face sanctions, 12.05.2021, GOV.UK, in: <https://www.gov.uk/government/news/universities-to-comply-with-free-speech-duties-or-face-sanctions> [17.09.2021].
- 31 Le Monde 2021: Édouard Philippe décide de bannir l'écriture inclusive des textes officiels, 21.11.2017.